



Altersvorsorge-Report 2025

So blicken die Deutschen auf die Rente.

Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen
Befragung im August/September 2025
Institut: Civey

Aus tiefer Überzeugung.
Deutsche Bank

In Kooperation mit:





Altersvorsorge-Report

2025



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung und Methode	3
Die wichtigsten Ergebnisse	4
1 Die Bevölkerung hat verstanden, dass Handlungsbedarf besteht	6
1.1 Rente als Grundsicherung – Tiefe Skepsis gegenüber der Zukunftsfähigkeit des Systems	6
1.2 Wenig Vertrauen in die Politik	8
1.3 Angst und Unsicherheit	9
2 Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit: Offenheit für neue Modelle	10
2.1 Mehr Eigenverantwortung – mit verständlichen Angeboten	10
2.2 Generationengerechtigkeit als zentrales Thema	10
2.3 Offenheit für Reformen im Sinne der Generationengerechtigkeit	11
3 Reformen mit persönlichem Nutzen besonders beliebt	12
3.1 Klare Ablehnung pauschaler Belastungen	12
3.2 Zustimmung für Modelle mit erkennbarem Mehrwert	12
3.3 Freiwillige Zusatzbeiträge als Ausdruck von Selbstbestimmung	14
4 Private Altersvorsorge	
: große Lücke zwischen Theorie und Praxis	15
4.1 Trotz hoher Sensibilität für das Thema: Viele sorgen nicht privat vor	15
4.2 Erkennt, aber zu wenig getan: Lücken in der Altersvorsorge	16
4.3 Informationslücken und Überforderung bremsen die Vorsorge	17
4.4 Sicherheit geht vor Rendite – aber Jüngere setzen zunehmend auf ETFs und Aktien	18
5 Beratung als Brücke zwischen Erkenntnis und Handeln	3
5.1 Schlüssel für Information und Abschluss	3
5.2 Hohe Abschlussquote bei persönlicher Beratung	4
5.3 Was Menschen zum Handeln bewegt	5
Quellen	7



Vorbemerkung und Methode

Die Altersvorsorge ist in Deutschland ein Thema von herausragender gesellschaftlicher Brisanz. Die Lebenserwartung steigt, der demografische Wandel sorgt für eine wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern und die Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit des Rentensystems nimmt zu. Dies führt dazu, dass die finanzielle Absicherung im Alter für viele Menschen zu einer zentralen Zukunftsfrage geworden ist.

Vor diesem Hintergrund hat Civey im Auftrag der Deutschen Bank und mit Unterstützung der DWS eine repräsentative Online-Umfrage erhoben, um ein aktuelles Bild der Stimmungslage in der Bevölkerung zu zeichnen. Ziel der Untersuchung ist es, Sorgen, Einstellungen, Vorsorgeverhalten und Erwartungen an die Politik sichtbar zu machen – und eine fundierte Datengrundlage für die gesellschaftliche Diskussion bereitzustellen.

Die Befragung verlief online im Zeitraum vom 25. August bis 5. September 2025. Befragt wurden 3.200 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Um eine realistische Abbildung der Bevölkerung sicherzustellen, hat Civey die Ergebnisse nach grundlegenden soziodemografischen Merkmalen quotiert und gewichtet. In jedem der 16 Bundesländer gab es jeweils 200 Interviews, sodass auch regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern analysiert werden können.

Die Ergebnisse sind repräsentativ für die 18- bis 65-jährige Bevölkerung in Deutschland, unter Berücksichtigung des statistischen Fehlers von $\pm 2,5$ Prozentpunkten beim jeweiligen Gesamtergebnis.

Die Deutsche Bank hat eine vergleichbare Befragung zuletzt im Jahr 2019 veröffentlicht.



Die wichtigsten Ergebnisse

Der „Deutsche Bank Altersvorsorge-Report 2025“ macht deutlich: Deutschland steckt in einer Vertrauenskrise, was die Zukunft der Altersvorsorge betrifft. 83% der Befragten bezweifeln die langfristige Verlässlichkeit des Rentensystems – ein dramatischer Anstieg gegenüber 2019 (54%). Vier von fünf Befragten rechnen damit, dass die gesetzliche Rente künftig nur noch eine Grundsicherung ist. Diese Skepsis zieht sich durch alle Altersgruppen und gilt für die Jüngsten besonders: 82% der 18- bis 29-Jährigen glauben nicht, dass sie sich später auf ein stabiles Rentensystem verlassen können.

Entsprechend hoch ist die emotionale Belastung: 54% sagen, das Thema Altersvorsorge mache ihnen Angst, insbesondere Jüngere und Haushalte mit niedrigem Einkommen. Gleichzeitig ist die Generationengerechtigkeit mittlerweile ein zentraler Kritikpunkt: 73% sehen die junge Generation im Nachteil, 78% sind überzeugt, dass das Solidarprinzip nicht mehr so gut funktioniert wie früher. Die Diskussion über Altersvorsorge ist damit längst mehr als eine ökonomische Frage – sie berührt das Vertrauen in gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fairness zwischen den Generationen.

Das Vertrauen in die Politik ist gering. 86% der Befragten sind der Meinung, dass die Politik das Thema Altersvorsorge nicht ernst genug behandelt, viele erwarten mehr entschlossenes Handeln. Sie wünschen sich klare Regeln und verlässliche Strukturen, die Orientierung bieten und Eigeninitiative ermöglichen.

Gleichzeitig wächst das Bewusstsein für die persönliche Verantwortung. 58% der Befragten befürworten eine verpflichtende private Altersvorsorge – ein Zeichen, dass die Bevölkerung bereit ist, selbst aktiv zu werden, wenn der Rahmen nachvollziehbar und fair gestaltet ist. Auch die Offenheit für neue Modelle ist groß: 74% sprechen sich für Reformen aus, die Generationengerechtigkeit fördern, 49% halten es für gerecht, junge Menschen bei ihren Beiträgen zur Rentensicherung zu entlasten.

Reformen finden vor allem dann Zustimmung, wenn sie einen erkennbaren persönlichen Nutzen haben. Ein höheres Renteneintrittsalter lehnen 78% ab. Dagegen stimmen 60% der geplanten Frühstart-Rente zu – und 67% der Befragten würden diesen Anreiz nutzen, um zusätzlich privat zu sparen. 74% wären bereit, freiwillige Zusatzbeiträge zu zahlen, um früher in Rente gehen zu können. Das zeigt: Menschen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – wenn Reformen fair, verständlich, aber auch an den eigenen Bedürfnissen orientiert sind.

Bei der privaten Vorsorge bleibt die Kluft zwischen Einsicht und Handeln groß. Nur 14% der Befragten haben umfassend privat vorgesorgt, 38% haben geringe Rücklagen, 24% planen sie für die Zukunft, während 21% gar nichts tun. Frauen sind deutlich seltener aktiv als Männer (12% zu 17%), obwohl sie im Alter stärker von geringeren Renten betroffen sind. Ein Drittel der Befragten hat keinerlei Rücklagen, und die meisten sparen nur kleine Beträge bis 50 Euro monatlich. Hauptgründe sind finanzielle Engpässe und zu komplexe Angebote: 68% halten Altersvorsorgeprodukte für zu kompliziert, 54% wissen nicht, wie hoch ihre künftige Rente sein wird, und 56% wünschen sich mehr Hilfe bei Finanzentscheidungen.

Bei der privaten Altersvorsorge gilt weiterhin: Sicherheit und Planbarkeit sind für die Mehrheit wichtiger als Rendite-Chancen: 51% nutzen Lebens- oder Rentenversicherungen, 34% Riester-Produkte. Kapitalmarktorientierte Formen wie ETFs (27%) oder Aktien (25%) gewinnen zwar an Bedeutung, bleiben aber insgesamt in der Minderheit. Männer investieren dabei deutlich häufiger in renditestärkere Produkte als Frauen.

Beratung ist der zentrale Hebel, um das Vorsorgeverhalten zu verändern. Banken (37%) und Versicherungen (42%) sind die wichtigsten Ansprechpartner, aber 61% der Befragten haben sich noch nie beraten lassen. Dabei zeigt sich: Wer Beratung in Anspruch nimmt, handelt. 59% der beratenen Personen haben anschließend ein Vorsorgeprodukt abgeschlossen – ein außergewöhnlich hoher Wert. Persönliche Gespräche schaffen Vertrauen, klären Unsicherheiten und führen häufiger zu konkreten Entscheidungen.



Auch der konkrete Anlass spielt eine wichtige Rolle: Der Berufseinstieg oder das erste Gehalt sind für 30% der Befragten der beste Zeitpunkt, sich mit Altersvorsorge zu beschäftigen, gefolgt vom Erhalt der Renteninformation (17%) und der Geburt eines Kindes (7%). Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass es stärkere Impulse von außen braucht, etwa durch gezielte Kommunikation, Kampagnen oder Beratung, um das Thema im Alltag der Menschen noch präsenter zu machen.

Insgesamt verdeutlicht der Report: Die Schwierigkeiten des Rentensystems sind vielen Menschen bewusst. Sie sind grundsätzlich bereit zu Reformen und würden selbst mehr Verantwortung übernehmen – wenn sie die Optionen verstehen und ihren Nutzen erkennen. Politik, Finanzbranche und Arbeitgeber stehen gemeinsam in der Pflicht, das Vertrauen in die Altersvorsorge wiederherzustellen – durch Transparenz, Verständlichkeit und faire Rahmenbedingungen. Nur dann wird aus der weit verbreiteten Einsicht auch tatsächliches Handeln.



1 Die Bevölkerung hat verstanden, dass Handlungsbedarf besteht

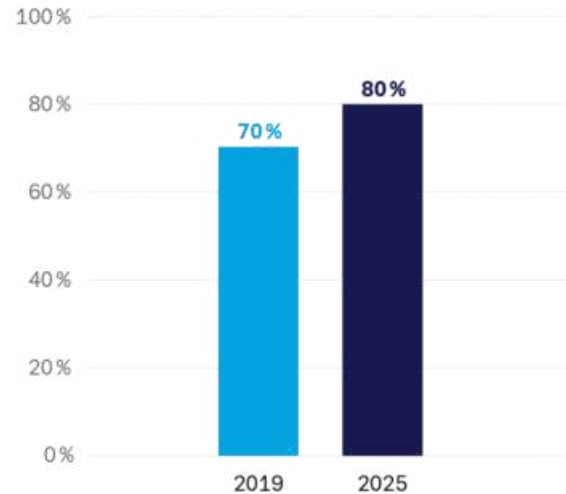
1.1 Rente als Grundsicherung – Tiefe Skepsis gegenüber der Zukunftsfähigkeit des Systems

Die Ergebnisse sind eindeutig: 80% der Befragten glauben, dass die gesetzliche Rente künftig nur noch eine Grundsicherung bieten wird. Damit rechnet die überwältigende Mehrheit nicht mehr damit, ihren Lebensstandard allein mit der staatlichen Rente sichern zu können.

Auch unter den Jüngeren, die noch viele Beitragsjahre vor sich haben, teilt bereits eine deutliche Mehrheit diese pessimistische Einschätzung (70%). Mit zunehmendem Alter wächst die Skepsis weiter: In den Altersklassen über 30 Jahren liegen die Werte jeweils bei mehr als 80%. Das fehlende Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente ist somit ein gesamtgesellschaftliches Problem. Gleichzeitig zeigt sich: Obwohl die Mehrheit die Schwächen des Systems erkennt, bedeutet das nicht automatisch, dass daraus aktive Schritte in der privaten Vorsorge folgen.

Auch der Vergleich mit dem Altersvorsorge-Report von 2019 zeigt eine klare Entwicklung: Schon damals waren 70% der Meinung, dass die gesetzliche Rente künftig nicht mehr als eine Grundsicherung sein wird. Im Jahr 2025 liegt dieser Wert mit 80% aber nochmals deutlich höher. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente ist weiter erodiert.

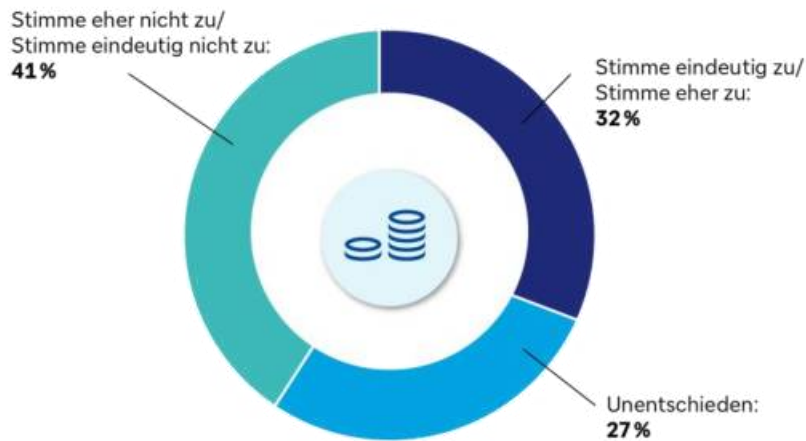
„Die gesetzliche Rente wird später nur noch eine Grundsicherung sein“
(Stimme eindeutig zu/ Stimme eher zu)



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



„Ich bin zuversichtlich, dass ich im Alter finanziell gut abgesichert bin, um meinen Lebensstandard halten zu können“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

Die Zweifel betreffen nicht nur die Höhe der künftigen Rente: 83% stimmen der Aussage zu, dass das Rentensystem insgesamt langfristig nicht mehr zuverlässig funktionieren wird. Gegenüber 2019 (54%) ist das ein Anstieg um 32 Prozentpunkte – ein dramatischer Vertrauensverlust in nur wenigen Jahren.

Bemerkenswert ist, dass sich dieses Misstrauen quer durch alle Bevölkerungsgruppen zieht. Unterschiede in Alter, Geschlecht oder Einkommen verändern die Größenordnung, aber nicht die Grundtendenz. Besonders gravierend fällt der Befund bei den Jüngeren aus, die das Fundament für die künftige Finanzierung bilden: Unter den 18- bis 29-Jährigen, die noch jahrzehntelang Beiträge leisten müssen, glauben 82% nicht daran, dass sie später auf ein verlässliches Rentensystem bauen können.

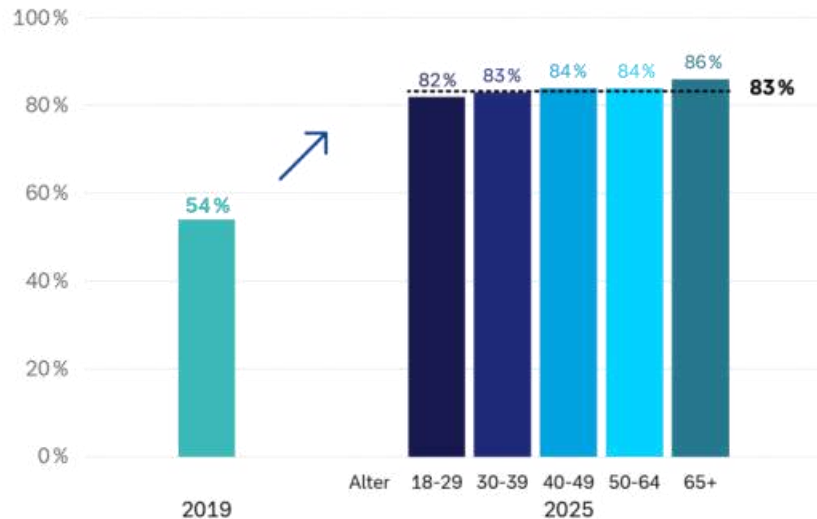
Diese Entwicklung ist nicht nur für die Wirtschaft bedenklich, sondern auch für die Demokratie. Wenn ein so zentrales Sicherungssystem wie die Rente an Legitimität verliert, untergräbt dies auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt. Internationale Befunde stützen diese Einschätzung: Laut der „OECD Trust Survey 2024“ sinkt das Vertrauen in öffentliche Institutionen in Deutschland seit Jahren deutlich, und gerade Fragen der sozialen Absicherung sind eng mit politischer Legitimation verknüpft (OECD, 2024a). Für viele Jüngere verstärkt sich der Eindruck, dass die Wohlstands- und Stabilitätsversprechen früherer Generationen nicht mehr gelten. Dies kann laut OECD das politische Engagement und die Teilhabe schwächen (OECD, 2024b).

Die Ergebnisse unseres Reports verdeutlichen also: Es geht längst nicht mehr nur um Geldfragen, sondern um das Grundvertrauen in staatliche Institutionen – und damit um das Fundament für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.



„Auf lange Sicht kann das Rentensystem nicht mehr zuverlässig funktionieren“

(Stimme eindeutig zu/ Stimme eher zu)

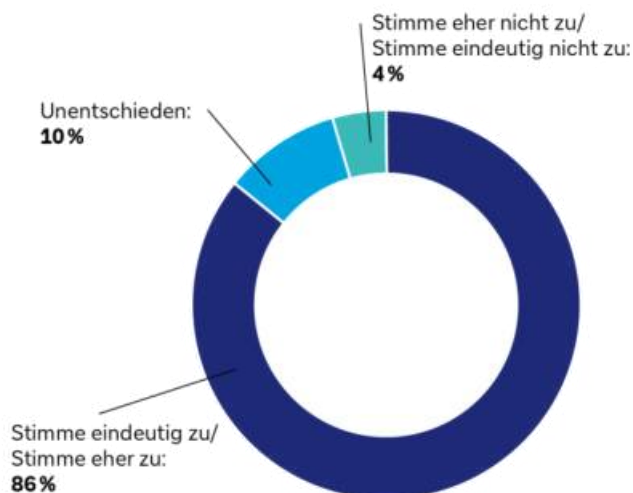


Basis: Deutschland, Bevölkerung.

1.2 Wenig Vertrauen in die Politik

Die Skepsis gegenüber der gesetzlichen Rente wird durch ein starkes Misstrauen in die Politik verstärkt. 86% der Befragten sind der Meinung, dass die Politik das Thema Altersvorsorge nicht ausreichend behandelt und nicht entschlossen genug gegensteuert – ein äußerst hoher Wert. Diese Wahrnehmung hat Folgen für die politische Legitimation. Die Bevölkerung erwartet Reformen – nachvollziehbar kommuniziert und konsequent umgesetzt.

„Die Politik nimmt das Thema Altersvorsorge nicht ernst genug“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



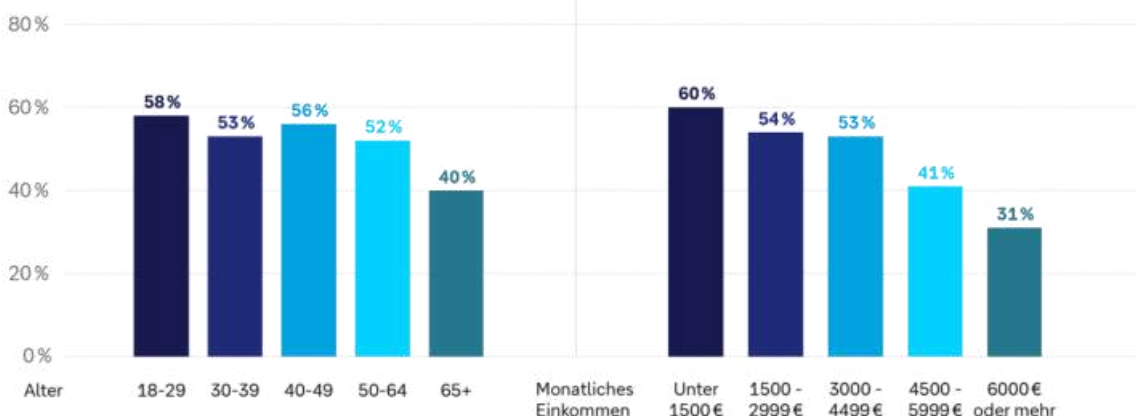
1.3 Angst und Unsicherheit

Bereits im Altersvorsorge-Report von 2019 hatte mehr als die Hälfte der Befragten Angst vor Altersarmut geäußert. Damals befürchteten 51%, ihren Lebensstandard im Alter nicht halten zu können, und 46% hatten Angst, später auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Die aktuelle Befragung von 2025 zeigt, dass die Sorgen nicht abgenommen haben. Zwar befürchten etwas weniger Menschen, dass sie im Alter ihren Lebensstandard nicht halten können (41%). Aber mehr als jede zweite befragte Person (54%) stimmt der Aussage zu: „Das Thema Altersvorsorge macht mir Angst.“ Besonders stark ist die Sorge unter den Jüngeren, in der Altersgruppe 18–29 Jahre liegt der Anteil bei 58%, auch in den mittleren Altersgruppen sind es mehr als die Hälfte. Erst bei den über 65-Jährigen nimmt die Angst spürbar ab (40 %) – eine Generation, die in wirtschaftlich stabileren Zeiten bessere Möglichkeiten zur Vorsorge hatte.

Ein ähnliches Bild zeigt sich aufgeschlüsselt nach Einkommen: Während in Haushalten mit hohen monatlichen Nettoeinkommen ab 6.000 Euro die Mehrheit (55 %) keine Angst äußert, überwiegt in allen anderen Einkommensgruppen die Skepsis – besonders stark bei den Befragten mit weniger als 1.500 Euro (60%). Wer heute schon wenig finanzielle Spielräume hat, macht sich erst recht Sorgen um die Sicherheit im Alter.

„Das Thema Altersvorsorge macht mir Angst“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

Kurzum: Angst um den persönlichen Wohlstand im Alter ist ein weit verbreitetes Gefühl. Diese Angst wirkt jedoch unterschiedlich auf die Betroffenen: Für einige ist sie ein Antrieb, sich frühzeitig zu kümmern – bei vielen anderen führt sie zu Unsicherheit und Aufschub. Zwar hat eine große Mehrheit verstanden, dass sie die eigene Altersvorsorge nicht allein dem Staat überlassen kann, doch nur ein Teil handelt bereits danach. 53% der Befragten geben an, aktiv privat vorzusorgen. Allerdings empfindet ein erheblicher Anteil seine Vorsorge als lückenhaft oder unzureichend (57%).

Zwischen Erkenntnis und Handeln klafft eine Lücke, weil viele sich überfordert fühlen, zu wenig Mittel haben und ihnen die Orientierung fehlt. Der Wille zu mehr Eigenverantwortung ist also weniger das Problem, sondern der konkrete Weg dorthin. Hier liegt eine große Chance für die Politik und die Anbieter von privater Altersvorsorge: Gezielte Informationskampagnen, verständliche Produkte und zielgruppengerechte Beratung könnten helfen, die Menschen dort abzuholen, wo sie aktuell stehen – und sie zum Handeln zu bewegen.



2 Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit: Offenheit für neue Modelle

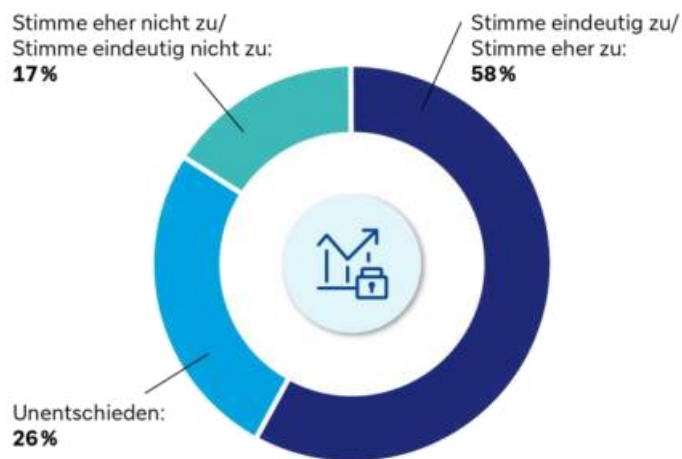
2.1 Mehr Eigenverantwortung – mit verständlichen Angeboten

Immer mehr Menschen erkennen, dass sie selbst einen Beitrag zu ihrer Altersabsicherung leisten müssen (siehe Kapitel 1). Diese Einsicht geht jedoch mit dem Wunsch nach verlässlichen und verständlichen Rahmenbedingungen einher, die Orientierung bieten und helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden. 58% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass der Staat eine verpflichtende private Altersvorsorge einführt.

Eigenverantwortung wird also nicht als Gegenmodell zur staatlichen Rente verstanden, sondern als notwendige Ergänzung. Viele wünschen sich Strukturen, die Planbarkeit, Verständlichkeit und Fairness schaffen. Dazu gehören transparente Informationen ebenso wie der einfache Zugang zu bereits vorhandenen Instrumenten. So kennt zwar rund ein Drittel der Befragten die digitale Rentenübersicht des Bundes, doch nur etwa 13% nutzen sie aktiv – ein Hinweis darauf, dass selbst gut gedachte Angebote bisher kaum in der Breite ankommen.

Die Menschen wollen handeln, aber sie brauchen Orientierung: Ein klar definiertes, einfach zugängliches System der privaten Vorsorge könnte dazu maßgeblich beitragen.

„Der Staat sollte eine verpflichtende private Altersvorsorge einführen“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

2.2 Generationengerechtigkeit als zentrales Thema

Die Menschen in Deutschland sehen die Notwendigkeit, das Rentensystem solidarisch weiterzuentwickeln – und wünschen sich mehr Fairness zwischen den Generationen. Eine breite Mehrheit hält die aktuelle Situation für ungerecht und ist überzeugt, dass die jüngere Generation im bestehenden System benachteiligt wird (64%).



73% der Befragten glauben, dass junge Menschen mehr einzahlen, als sie später erhalten werden. 78% geben zudem an, dass das Solidarprinzip nicht mehr so gut funktioniert wie früher. Diese Werte zeigen: Generationengerechtigkeit ist mittlerweile eines der zentralen Themen bei der Altersvorsorge.

Die Ergebnisse drücken ein breites Bewusstsein für Gerechtigkeit und Verantwortung aus. Viele Menschen erkennen, dass nachhaltige Reformen nur gelingen können, wenn die Lasten zwischen Jung und Alt fair verteilt werden. Die Diskussion um die Zukunft des Rentensystems ist also nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftliche Frage – die sowohl Politik als auch Bürgerinnen und Bürger zum Handeln auffordert.

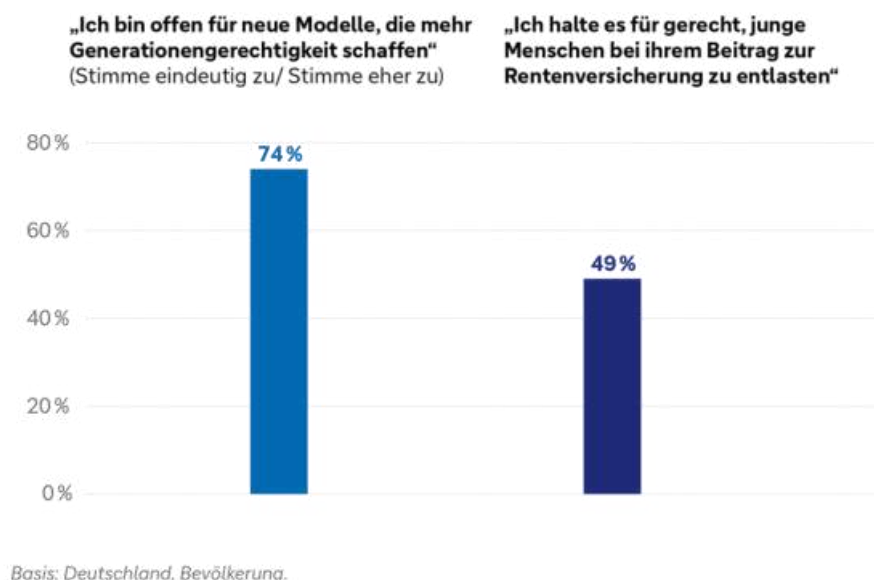
2.3 Offenheit für Reformen im Sinne der Generationengerechtigkeit

Der Wunsch nach mehr Fairness zwischen den Generationen ist groß – ebenso wie die Bereitschaft, dafür etwas zu verändern: Drei Viertel der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, neue Modelle zu entwickeln, die mehr Generationengerechtigkeit herstellen (74%). Dabei sind alle Altersgruppen offen für Reformen: Selbst bei den über 65-Jährigen sind 65% dafür, bei den 30- bis 39-Jährigen sind es knapp 80 %. Die Idee einer faireren Lastenverteilung verfängt also stärker über die Generationen hinweg als oftmals angenommen.

Zwei Ansätze finden besonderen Anklang: 35% befürworten eine Mindestrente, die über die bereits existierende Grundrente-Regelung hinausgeht; 32% wünschen sich eine breitere Finanzierungsbasis des Systems – etwa durch das Einbeziehen von Selbstständigen und Beamten.

Knapp die Hälfte der Bevölkerung (49%) empfindet es zudem als gerecht, junge Menschen bei den Rentenbeiträgen zu entlasten – vor allem die Jüngeren selbst (66 %) und die einkommensstarken Haushalte (69 %).

Der Gedanke der Generationengerechtigkeit verbindet moralische Verantwortung mit ökonomischem Realismus – ein wichtiger Ansatzpunkt für Reformkommunikation und politische Glaubwürdigkeit.



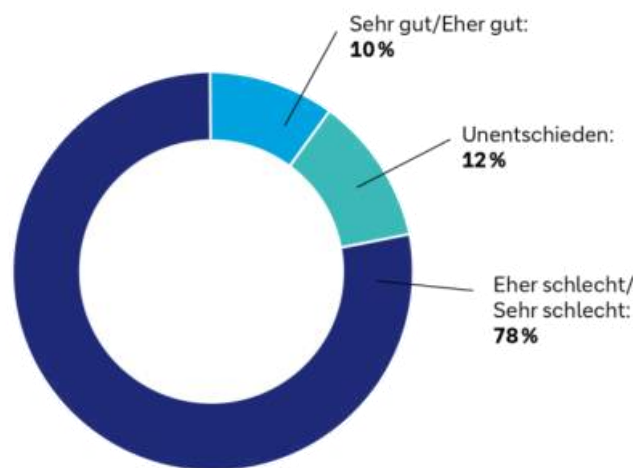


3 Reformen mit persönlichem Nutzen besonders beliebt

3.1 Klare Ablehnung pauschaler Belastungen

Die Reformbereitschaft der Bevölkerung findet Grenzen, wenn es um Maßnahmen geht, die als zusätzliche Belastung empfunden werden. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Frage nach einem höheren Renteneintrittsalter: Eine große Mehrheit lehnt diesen Vorschlag ab (78%) – und zwar quer durch alle Altersgruppen und Einkommensklassen.

„Wie würden Sie es bewerten, wenn die Bundesregierung das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anheben würde?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

3.2 Zustimmung für Modelle mit erkennbarem Mehrwert

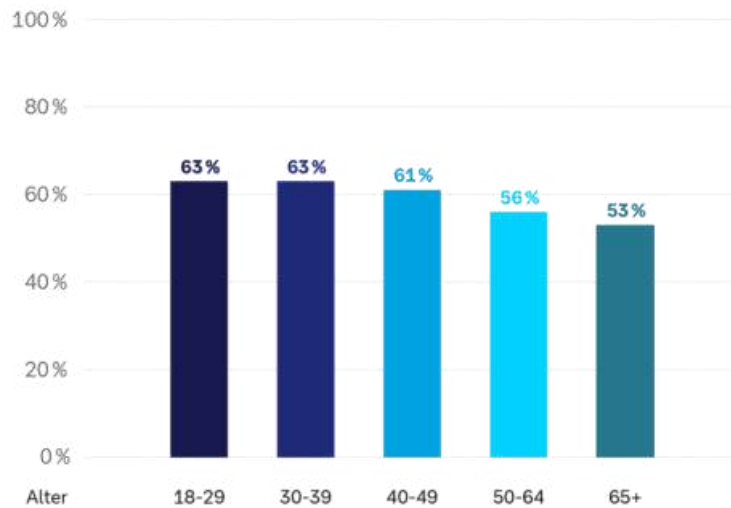
Die geplante Frühstarterrente stößt in der Bevölkerung auf breite Zustimmung (60%). Viele Menschen sehen darin ein faires und nachvollziehbares Instrument, um junge Generationen frühzeitig an die Themen private Altersvorsorge und Kapitalmarkt heranzuführen. Das Modell sieht vor, dass der Staat ab dem sechsten Lebensjahr bis zur Volljährigkeit monatlich zehn Euro in ein individuelles Altersvorsorgedepot einzahlt. Dieses lässt sich im Anschluss privat weiter besparen – was einen Anreiz schafft, möglichst früh Verantwortung für die eigene Vorsorge zu übernehmen.

In den Umfrage-Ergebnissen zeigt sich deutlich, dass die Idee der Frühstarterrente nicht nur als gerecht gilt, sondern auch motivieren könnte. Mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, dass sie bei einer solchen Regelung zusätzlich privat sparen würden (67%). Das gilt besonders für Haushalte mit Kindern, weil sie den Nutzen für ihre Familie unmittelbar erkennen: Bei einem Kind sagten 84%, dass sie zusätzlich investieren wollen, bei zwei Kindern sogar 89% und bei drei oder mehr Kindern 84%.

Die Frühstarterrente wird als ein Zeichen für Generationengerechtigkeit wahrgenommen – und könnte ein Türöffner sein, um Menschen frühzeitig für Vorsorge und Kapitalmarkt zu sensibilisieren. Die Ergebnisse knüpfen an das zentrale Muster an: Sie zeigen, dass politische Reformen positiv wirken können, wenn sie verständlich, fair und transparent gestaltet sind.



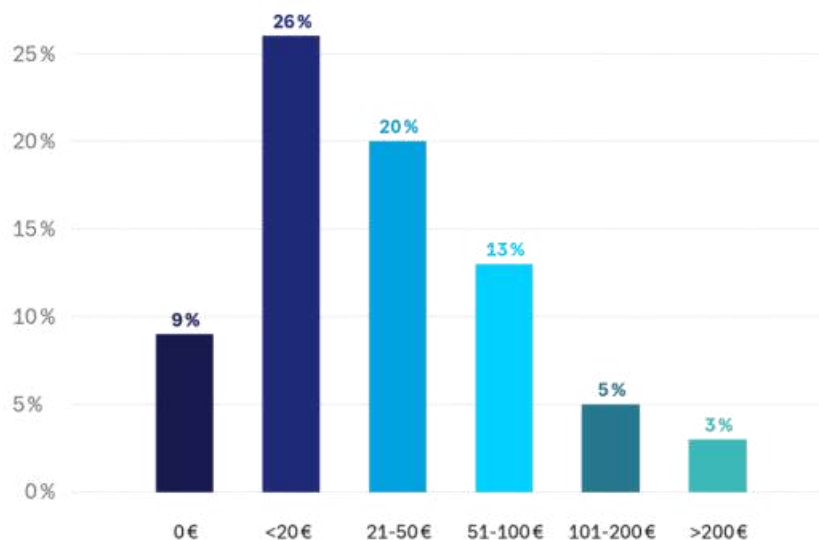
„Stellen Sie sich vor, der Staat zahlt monatlich 10€ für ein Altersvorsorgeprodukt pro Kind von Geburt an (Frühstarterrente). Wie bewerten Sie diesen Vorschlag allgemein?“
(Sinnvoll)



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



„Stellen Sie sich vor, der Staat zahlt monatlich 10€ für ein Altersvorsorgeprodukt pro Kind pro Geburt an. Wie viel könnten Sie in diesem Szenario zusätzlich pro Kind monatlich investieren?“



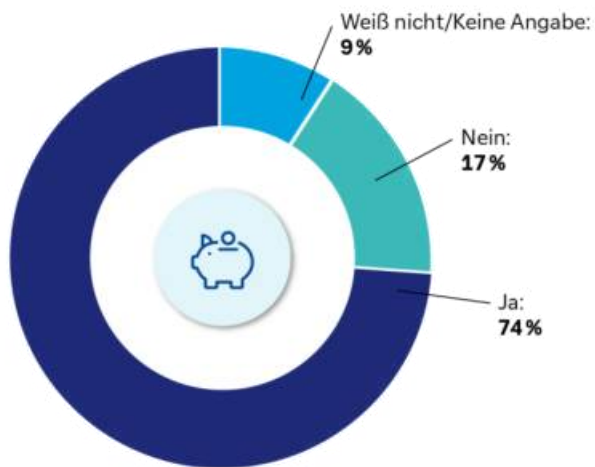
Basis: Deutschland, Bevölkerung.



3.3 Freiwillige Zusatzbeiträge als Ausdruck von Selbstbestimmung

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Frage nach freiwilligen Zusatzbeiträgen für einen früheren Renteneintritt. 74% wären bereit, sie zu bezahlen, häufig in Form kleiner bis mittlerer zusätzlicher Beiträge. Menschen akzeptieren eine finanzielle Mehrbelastung, wenn sie dadurch flexibler werden und einen persönlichen Vorteil für sich erkennen – in diesem Fall: über den Zeitpunkt des Renteneintritts stärker mitzubestimmen.

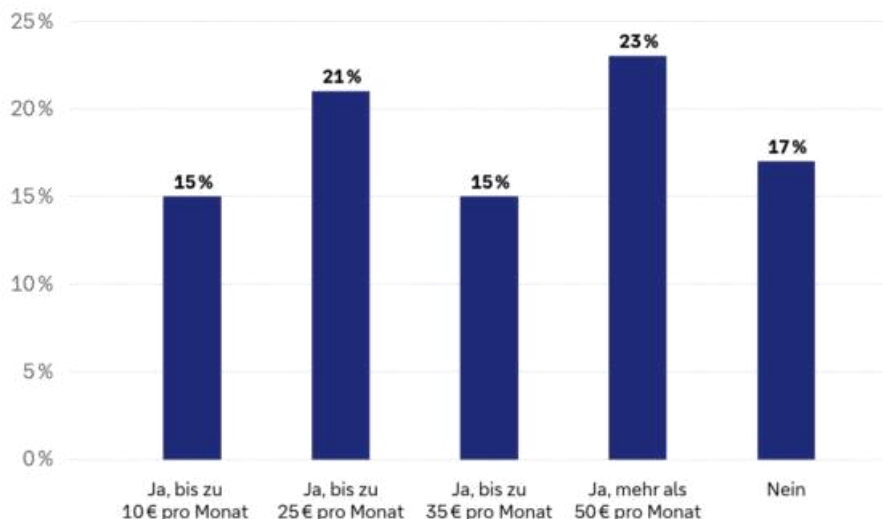
„Wären Sie bereit, monatlich einen zusätzlichen Beitrag in die gesetzliche Altersvorsorge einzuzahlen, wenn Sie dadurch früher in Rente gehen könnten?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



„Wären Sie bereit, monatlich einen zusätzlichen Betrag in die gesetzliche Altersvorsorge einzuzahlen, wenn Sie dadurch früher in Rente gehen könnten?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

4 Private Altersvorsorge: große Lücke zwischen Theorie und Praxis

4.1 Trotz hoher Sensibilität für das Thema: Viele sorgen nicht privat vor

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung (14%) hat der Befragung zufolge umfassend privat vorgesorgt, 38% haben zumindest geringe Rücklagen. Rund 24 % planen, in Zukunft mit dem Sparen fürs Alter zu beginnen. Und 21% haben weder vorgesorgt noch planen sie, dies zu tun – ein deutlicher Warnhinweis auf eine Versorgungslücke.

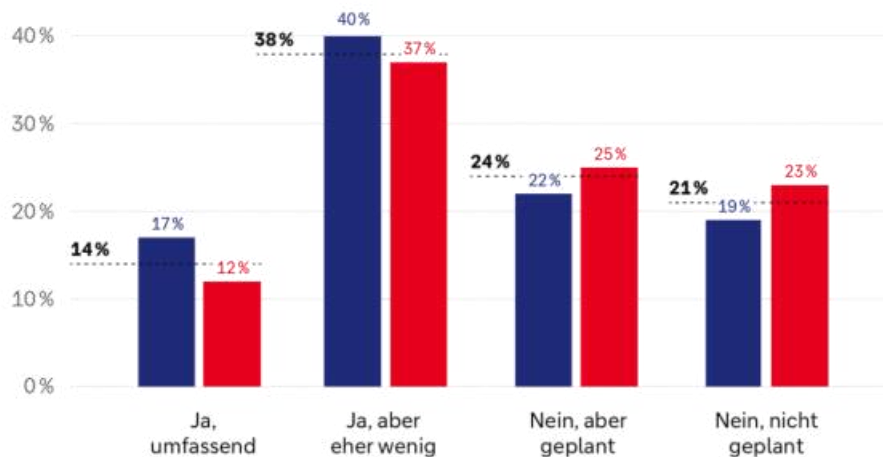
Auffällig ist, dass viele Menschen unter 30 Jahren aktuell keine Vorsorge treffen (61%). Sie schieben das Thema häufig auf – sei es aus finanziellen Gründen oder weil sie es noch nicht für relevant halten. Zudem zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern: 23% der Frauen sorgen laut der Befragung nicht vor und wollen das auch künftig nicht tun, bei Männern liegt dieser Anteil bei 19%. Umgekehrt haben bereits 17% der Männer umfassend vorgesorgt, bei den Frauen nur 12%.

Diese Unterschiede sind kritisch, da Frauen im Alter ohnehin häufiger mit geringeren Renten auskommen müssen – unter anderem wegen niedrigerer Einkommen, Teilzeitbeschäftigung oder Unterbrechungen im Erwerbsleben. Deshalb müssten Frauen sogar stärker privat vorsorgen als Männer. Die aktuellen Ergebnisse deuten jedoch auf das Gegenteil hin – was die Situation langfristig weiter verschärfen könnte.

Zwischen Problembewusstsein und tatsächlichem Handeln klafft folglich eine erhebliche Lücke. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sich viele Befragte schlecht informiert fühlen oder durch die komplexen Vorsorge-Produkte abgeschreckt sind. Deshalb bräuchte es leicht verständliche Angebote, die besonders junge Menschen und Frauen motivieren und befähigen, frühzeitig vorzusorgen – ergänzt um Beratungsformate, die Orientierung geben und Vertrauen schaffen.



„Haben Sie bereits privat finanziell für das Alter vorgesorgt?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

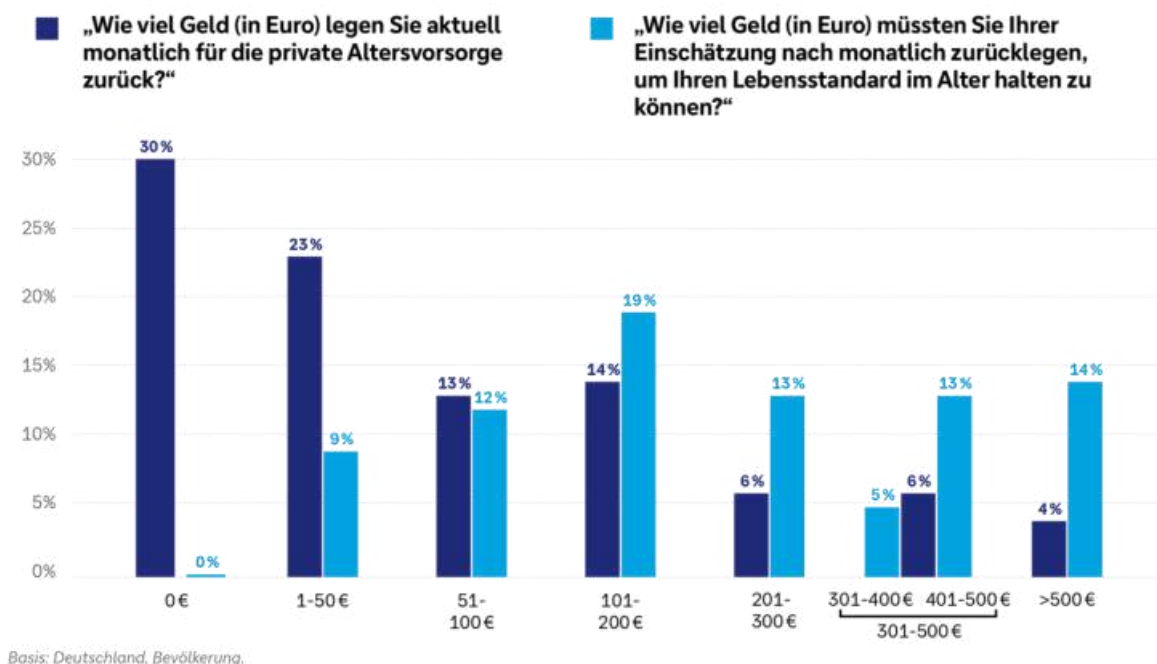
4.2 Erkannt, aber zu wenig getan: Lücken in der Altersvorsorge

Etwa ein Drittel der Bevölkerung legt aktuell überhaupt nichts für die private Altersvorsorge zurück (30%). Hauptgrund laut der Befragten: Der finanzielle Spielraum reicht schlicht nicht aus, um regelmäßig Geld beiseitezulegen. Damit bestätigt sich: Das Problem ist weniger fehlender Wille als fehlende Möglichkeit.

Bei denjenigen, die sparen, sind es vor allem kleine Beträge: Rund ein Viertel legt bis zu 50 Euro pro Monat zurück (23%), oft variabel und abhängig davon, wie viel am Monatsende übrigbleibt. Weitere 27% sparen zwischen 50 und 200 Euro, hier beginnt planvolles und regelmäßiges Sparen. Höhere Beträge ab 200 Euro bleiben die Ausnahme und nur eine kleine Gruppe legt große Summen von bis zu tausend Euro monatlich zurück, meist gezielt in ETFs, Wertpapiere oder Versicherungen.

Der Vergleich mit dem, was die Befragten an Rücklagen für nötig halten, um ihren Lebensstandard im Alter zu halten, macht deutlich: Trotz eines wachsenden Problembewusstseins besteht bei vielen eine große Lücke zwischen Anspruch und Realität. Damit setzt sich ein Muster fort, das schon frühere Befragungen offenbart haben.

Vor allem mit Blick auf die hohe Zahl derjenigen, die noch gar nichts zurücklegen, ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag für die Kommunikation: Sie muss noch besser vermitteln, dass Altersvorsorge nicht mit großen Beträgen beginnen muss. Schon kleine, regelmäßige Summen können – vor allem bei Jüngeren – im Lauf der Zeit eine spürbare Wirkung entfalten und die Grundlage für eine solide Altersvorsorge bilden.



4.3 Informationslücken und Überforderung bremsen die Vorsorge

Der Wissensstand zur Altersvorsorge ist für viele unzureichend. Nur 35% der Befragten geben an, gut informiert zu sein. Das bedeutet zwar eine leichte Verbesserung gegenüber 2019 (30 %), bleibt aber eine Minderheit.

Besonders gravierend ist die Unsicherheit über die eigene Zukunft: Ein großer Teil der Befragten gibt an, keine klare Vorstellung davon zu haben, wie hoch die eigene Rente einmal sein wird (54%). Die fehlende Transparenz erschwert es, den eigenen Vorsorgebedarf realistisch einzuschätzen und rechtzeitig zu handeln.

Hinzu kommt: 68% halten Altersvorsorge-Produkte für „oft zu kompliziert“ und empfinden dies als Hürde. Für viele ist die Vielfalt der Angebote eher abschreckend als motivierend, sich damit auseinanderzusetzen.

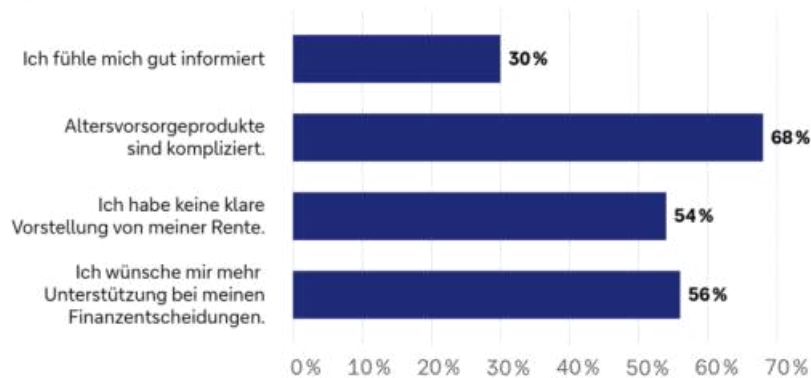
Daraus ergibt sich Handlungsbedarf: Ein erheblicher Teil der Befragten möchte mehr Hilfe bei Finanzentscheidungen (56%). Dieser Wunsch ist über alle Altersgruppen hinweg verbreitet, besonders stark jedoch bei Jüngeren (69%), die am Anfang ihrer Erwerbsbiografie stehen und Orientierung suchen. Bei der Auswahl von Vorsorgeprodukten stehen dabei nicht Rendite oder Risiko im Vordergrund, sondern Verständlichkeit (47 %), Sicherheit (57 %) und Planbarkeit (38 %). Erst danach folgen Flexibilität (23 %) und Rendite (26 %).

Der Vergleich mit 2019 macht klar: Das Problem ist seit Jahren bekannt, aber bisher nicht ausreichend gelöst. Schon damals empfanden 56 % der Befragten Altersvorsorgeprodukte als zu kompliziert. 2025 liegt dieser Wert sogar noch um zwölf Prozentpunkte höher. Auch wenn gleichzeitig der Anteil der gut Informierten leicht gestiegen ist (+5 Prozentpunkte), hat sich der Wissensstand insgesamt nicht verbessert.

Kurz gefasst: Den meisten Menschen ist bewusst, dass sie vorsorgen müssen. Sie fühlen sich aber überfordert und wissen zu wenig über die Produkte, so dass das konkrete Umsetzen scheitert.



„Informationsstand im Bezug auf private Altersvorsorge“ (Zustimmung zu verschiedenen Aussagen)



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

4.4 Sicherheit geht vor Rendite – aber Jüngere setzen zunehmend auf ETFs und Aktien

Klassische und konservative Vorsorgeformen dominieren nach wie vor die private Altersvorsorge. Dies lässt sich zum Teil auf das im Kapitel zuvor thematisierte fehlende Wissen zurückführen. Besonders beliebt sind Lebens- und Rentenversicherungen (51%) – bei Frauen 50%, bei Männern 52%. Auch die Riester-Rente (34%) bleibt relevant, vor allem bei Frauen (37 % vs. 30 % bei Männern).

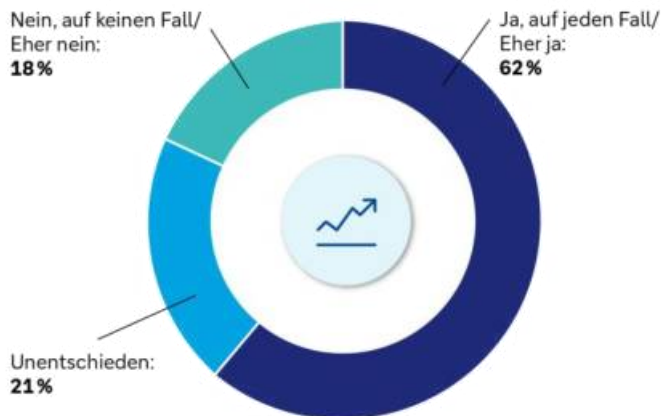
Allerdings werden auch risikoreichere Anlageformen wie ETFs (27%), Aktien (25%) und Fonds (20%) inzwischen stärker genutzt. Dabei investieren Männer deutlich häufiger in kapitalmarktorientierte Produkte als Frauen (ETFs 35 % gg. 19%, Aktien 34 % gg. 16%, Aktienfonds 27 % gg. 14%).

Interessant ist dabei die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Verhalten und der theoretischen Risikobereitschaft: 62% der Befragten sind grundsätzlich offen dafür, für eine bessere Rendite auch ein höheres Risiko einzugehen. Mit steigendem Einkommen wächst die Risikobereitschaft deutlich: 80% der Befragten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 6.000 Euro stimmen zu, während es bei Haushalten mit weniger als 1.500 Euro nur rund 50% sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die private Altersvorsorge in Deutschland in einer Übergangsphase befindet. Einerseits dominiert weiterhin der Wunsch nach Stabilität und Sicherheit, andererseits wächst die Offenheit gegenüber kapitalmarktnahen Lösungen. Diese Entwicklung bietet große Chancen – vorausgesetzt, die Produkte werden einfacher, transparenter und verständlicher.

**„Welche dieser Formen privater Altersvorsorge nutzen Sie aktuell?“**

Basis: Deutschland, Bevölkerung.

„Wären Sie bereit, bei der Investition in Aktien und Wertpapiere für die private Altersvorsorge ein höheres Risiko einzugehen, um eine bessere Rendite zu erhalten?“

Basis: Deutschland, Bevölkerung.



5 Beratung als Brücke zwischen Erkenntnis und Handeln

5.1 Schlüssel für Information und Abschluss

Persönliche Beratungsgespräche spielen eine zentrale Rolle im Prozess der Altersvorsorge. Für viele Menschen ist die Vielfalt der Angebote zu unübersichtlich und zu komplex, um Entscheidungen allein zu treffen. Entsprechend groß ist der Wunsch nach individueller Hilfe – gerade in einem Themenfeld, das gravierende langfristige Konsequenzen hat.

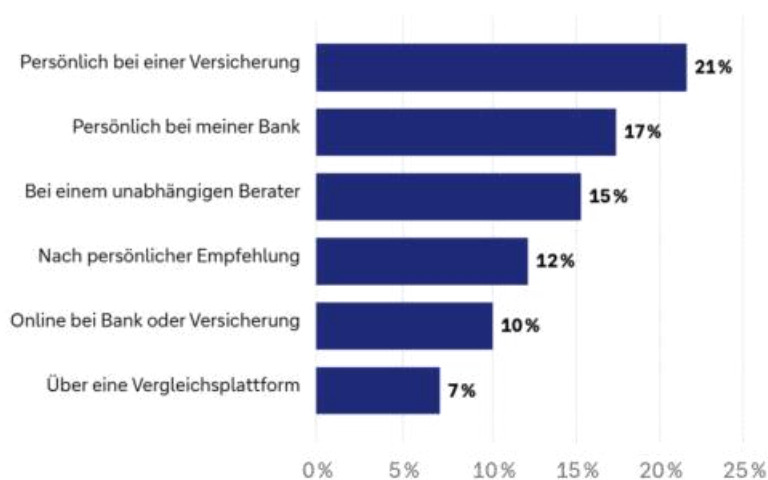
Banken (37 %) und Versicherungen (42 %) sind dabei die wichtigsten Ansprechpartner, wenn es um konkrete Schritte zur Vorsorge geht. Auch beim Abschluss eines Produkts spiegelt sich die klare Präferenz zum persönlichen Kontakt wider: 21 % der Befragten würden eine private Altersvorsorge am liebsten direkt über ihren Berater bei einer Versicherung abschließen, 17 % bei der Ansprechperson ihrer Bank und 15 % bei einem unabhängigen Berater. Weitere 12 % verlassen sich auf persönliche Empfehlungen. Digitale Wege wie Online-Abschlüsse bei Banken oder Versicherungen (10 %) oder Vergleichsplattformen (7 %) spielen dagegen nur eine Nebenrolle.

Diese Zahlen verdeutlichen: Vertrauen entsteht vor allem im direkten Austausch. Persönliche Beratung bietet nicht nur fachliche Informationen, sondern auch emotionale Sicherheit. Sie hilft, komplexe Entscheidungen in ein verständliches Raster zu bringen.

Gleichzeitig wird auch hier eine Lücke zwischen Theorie und Praxis deutlich: Nur 36 % der Befragten haben bislang tatsächlich ein entsprechendes Gespräch geführt. Die Mehrheit (61 %) hat sich dagegen noch nie persönlich beraten lassen. Damit bleibt ein zentrales Instrument für die Altersvorsorge ungenutzt, das helfen könnte, den Schritt von der Erkenntnis zum Handeln zu erleichtern.

Auch hier gilt: Beratungsangebote müssen künftig noch sichtbarer, einfach zu organisieren, verständlich und lebensnah sein.

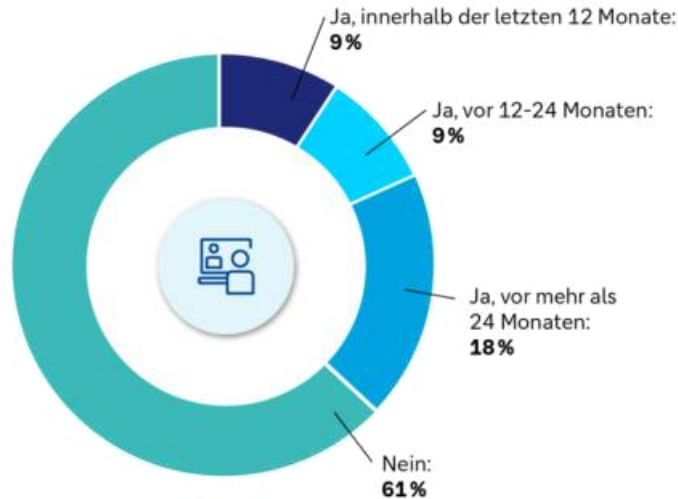
„Über welchen Weg würden Sie am ehesten ein privates Altersvorsorgeprodukt abschließen?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



„Hatten Sie bereits ein Beratungsgespräch zur privaten Altersvorsorge?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

5.2 Hohe Abschlussquote bei persönlicher Beratung

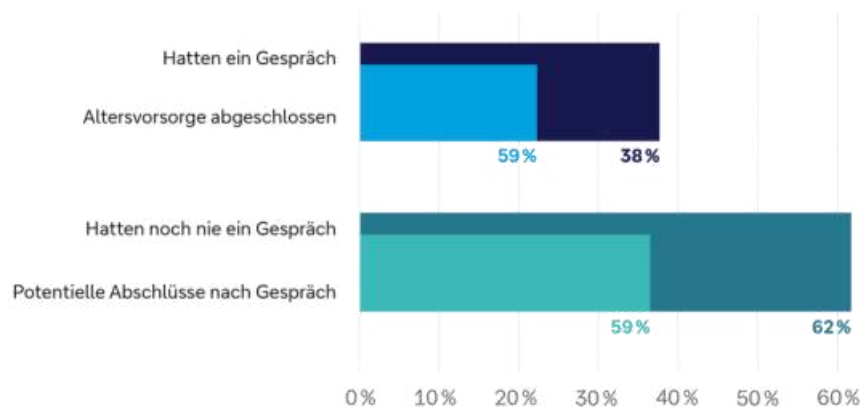
Wer sich beraten lässt, handelt deutlich häufiger. Von denjenigen, die bereits ein Beratungsgespräch zur privaten Altersvorsorge geführt haben, haben 59% anschließend ein Produkt abgeschlossen. Das zeigt, wie entscheidend persönliche Gespräche sind, damit aus grundsätzlichem Interesse konkretes Handeln wird.

Beratung wirkt, wenn sie Vertrauen schafft und verständlich vermittelt, welche Optionen individuell sinnvoll sind. Sie ist damit nicht nur Informationsquelle, sondern Katalysator: Beratung hilft, Unsicherheiten zu überwinden, Alternativen abzuwägen und eine Entscheidung mit gutem Gefühl zu treffen.

Damit offenbart dieser Befund ein erhebliches ungenutztes Potenzial: Bisher haben fast zwei Drittel der Bevölkerung noch nie ein Beratungsgespräch geführt. Wenn der Zugang zu Beratung einfacher wird und stärker auf die Lebensrealität der Menschen zugeschnitten ist, könnte dieser Hebel entscheidend dazu beitragen, die private Altersvorsorge in der Breite zu stärken.



„Haben Sie im Zuge eines Beratungsgesprächs bereits eine private Altersvorsorge abgeschlossen?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.

5.3 Was Menschen zum Handeln bewegt

Auch wenn vielen Menschen bewusst ist, dass private Altersvorsorge notwendig ist, fehlt oft der konkrete Auslöser, damit sie tatsächlich aktiv werden. Die Befragung zeigt, dass Entscheidungen zur Altersvorsorge oft an bestimmte Lebensereignisse geknüpft sind – Momente, in denen die Zukunftsplanung in den Fokus rückt.

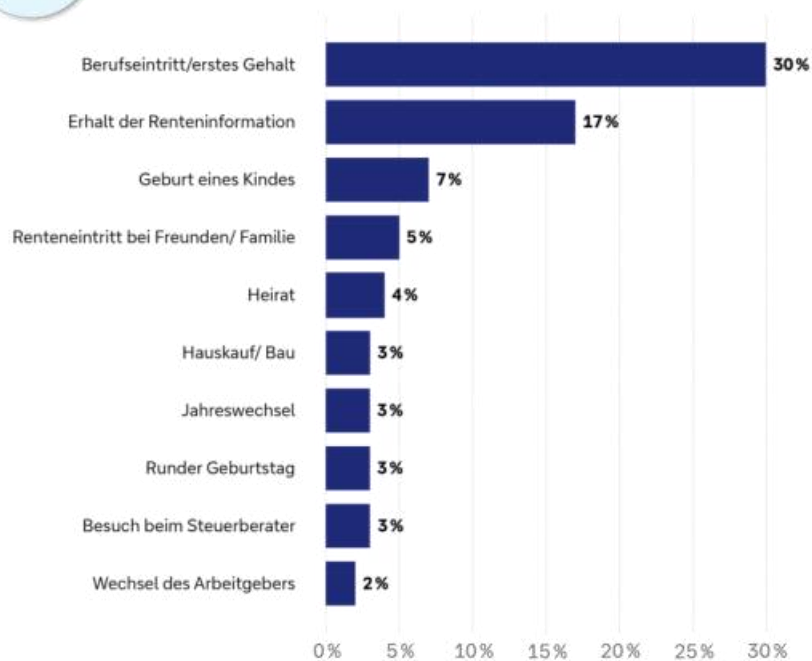
Am häufigsten nennen die Befragten den Berufseintritt und das erste Gehalt als besten Zeitpunkt, um sich mit Altersvorsorge zu beschäftigen (30 %). Dahinter folgen der Erhalt der Renteninformation (17 %) und die Geburt eines Kindes (7 %). Ereignisse wie der Renteneintritt von Freunden oder Familienmitgliedern (5 %) oder eine Heirat (4 %) spielen ebenfalls eine Rolle, werden aber seltener genannt. Nur wenige sehen in einem Hauskauf oder -bau (3 %) oder im Besuch beim Steuerberater (3 %) einen geeigneten Anstoß. Demgegenüber können 17 % der Befragten keinen konkreten Anlass nennen.

Diese Ergebnisse verdeutlichen: Entscheidungen zur Vorsorge entstehen selten aus abstraktem Problembewusstsein, sondern zumeist aus konkreten Lebenssituationen heraus. Wer diese Anlässe in der Kommunikation oder der Beratung gezielt aufgreift, kann Menschen zum Handeln bewegen. Es braucht also nicht nur Appelle an die Eigenverantwortung, sondern vor allem mehr begleitende Impulse im richtigen Moment – etwa beim Berufseinstieg oder beim erstmaligen Erhalt einer Renteninformation.

Der Schlüssel liegt folglich nicht allein in besseren Produkten, sondern auch in einer besseren Ansprache. Wer Vorsorge mit den Lebensphasen der Menschen verknüpft, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Wissen und grundsätzlicher Handlungswille in konkretes Handeln münden.



„Welcher dieser Anlässe wäre Ihrer Meinung nach der beste Zeitpunkt, um sich mit Altersvorsorge zu beschäftigen?“



Basis: Deutschland, Bevölkerung.



Quellen

- DIW Berlin (2024): Gender Care Gap in Deutschland: Kein anhaltender Anstieg in folge der Corona-Pandemie. Wochenbericht 9/2024. Jessen, Kinne, Wrohlich.
- OECD (2024a): OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2024 – Country Notes: Germany. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter: https://www.oecd.org/en/publications/oecd-survey-on-drivers-of-trust-in-public-institutions-2024-results-country-notes_a8004759-en/germany_9f727e4a-en.html
- OECD (2024b): Lack of Trust in Institutions and Political Engagement. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter: https://www.oecd.org/en/publications/lack-of-trust-in-institutions-and-political-engagement_83351a47-en.html
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): KORREKTUR: Gender Care Gap 2022: Frauen leisten 44,3 % mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Pressemitteilung Nr. 073 vom 28. März 2024.